

## Frankreich

HENRI MENUQUIER

Am 27. Januar 1981 nannte der Präsident der französischen Republik, Valéry Giscard d'Estaing, im Rahmen einer Fernsehsendung über die außenpolitische Bilanz Frankreichs 1980 und die Aussichten für 1981 drei Prioritäten für sein Land: Verteidigung der Interessen Frankreichs, Erhaltung von Frieden in Sicherheit und Würde, Mitwirkung bei der Organisation der Weltangelegenheiten. Das Wort „Europa“ tauchte in diesem Katalog nicht auf, so als sei Europa nur eine von vielen Dimensionen einer globalen Außenpolitik. Der Ausdruck „Verteidigung der Interessen Frankreichs“ erinnert an die Bezeichnung der gaullistischen Kandidatenliste für die europäischen Wahlen 1979: „Verteidigung der Interessen Frankreichs in Europa“ (D.I.F.E.)!

Valéry Giscard d'Estaing hat seit seiner Wahl zum Präsidenten der Republik 1974 wiederholt Initiativen ergriffen, um den Aufbau Europas voranzutreiben. Er hat das französische Veto gegen die direkten Wahlen zum Europäischen Parlament zurückgezogen und zum Entstehen des Europäischen Rates beigetragen. Er hat alles getan, damit das Europäische Währungssystem in Kraft treten konnte (seine bedeutendste Leistung), und sich für die Erweiterung der Gemeinschaft auf die Mittelmeerstaaten eingesetzt. Er wollte auch das weitere Schwinden des europäischen Einflusses in der Welt stoppen. Seine Idealvorstellung von Europa stößt sich freilich an den harten Realitäten des gemeinschaftlichen Alltags und an der Schwerfälligkeit der Institutionen. Davon abgesehen neigt er dazu, den Vorrang dem einzuräumen, was er für das Kernstück Europas hält: der deutsch-französischen Zusammenarbeit.

### *Britisch-französische Konflikte*

In der Zeit zwischen den Ratstagungen in Dublin (November 1979) und in Luxemburg (27. und 28. April 1980) war die Gemeinschaft durch die Auseinandersetzungen mit Großbritannien über den britischen Beitrag zum Gemeinschaftshaushalt und die Gemeinsame Agrarpolitik blockiert. Einige spezifisch britisch-französische Streitpunkte über Fischereipolitik und Hammelfleisch kamen hinzu. London verlangte von seinen Partnern und insbesondere von Frankreich ein Eingehen auf die britischen Maximalforderungen. In Paris wurde der grundsätzliche Aspekt dieses Konflikts hervorgehoben: ohne Anhebung der Agrarpreise kein Kompromiß über den britischen Beitrag zum EG-Haushalt, denn eine Senkung der landwirtschaftlichen Einkommen wäre unannehmbar. Die französi-

schen Behörden bedauerten, daß die Kommission – zum Teil mit der Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland – sich den britischen Forderungen gegenüber allzu nachgiebig zeigte. Sie kritisierten auch die Ineffizienz der Ratspräsidentschaft, die von Italien wahrgenommen wurde, das wieder einmal durch politische Krisen gelähmt war. Aus Pariser Sicht bedrohte der Konflikt mit der „Eisernen Lady“ den Kern der Gemeinschaft, die sich als unfähig erwies, dieser neuen Herausforderung zu begegnen.

In Sachen Hammelfleisch, Fischerei, Landwirtschaft und Gemeinschaftsressourcen glaubte Frankreich, auf sein gutes Recht pochen zu können. Das britische Verhalten drohte nach französischer Auffassung, Europa handlungsunfähig zu machen. Die Briten dagegen beschuldigten die Franzosen, sich unvernünftig zu benehmen, weil sie den Spruch des Gerichtshofes in Sachen Hammelfleisch ignorierten, ihre Fischer auf Fangzüge in britische Gewässer aussandten und dickköpfig an einem ruinösen und ungerechten Agrarsystem festhielten.

Wer hatte nun am 30. Mai gewonnen? Ist nicht letztlich jedes Land daran interessiert, seine eigene Kompromißbereitschaft mit den Konzessionen des anderen zu rechtfertigen? Frankreich erklärte sich zufrieden, daß die Briten endlich die Übereinkunft der anderen Acht über die Agrarpreise akzeptierten, die sie bis dahin abgelehnt hatten. Dazu gehörte dann auch die Zustimmung zum gemeinsamen Hammelfleischmarkt. Der Haushaltskompromiß brachte den Briten zwar eine erhebliche Entlastung, diese war aber in ähnlicher Größenordnung bereits einen Monat früher angeboten worden. Das Abkommen gilt für zwei Jahre, ohne daß eine strikte Plafonierung vereinbart wurde.

Die gaullistische Partei RPR (*Rassemblement Pour la République*) wies vor allem auf die den Briten eingeräumten Vorteile hin und vergaß nicht hervorzuheben, daß sich die französischen Steuerzahler dessen wohl bewußt seien, zumal London auch über 1981 hinaus an die finanzielle Solidarität seiner Partner appellieren dürfe. Bei zahlreichen französischen Beobachtern hinterließ der Kompromiß vom 30. Mai einen bitteren Nachgeschmack. Sie hatten den Eindruck, daß zwar Zeit gewonnen worden war, daß aber die tatsächlichen Probleme ungelöst blieben. Letzten Endes hat Frankreich Frau Thatcher gegenüber nachgegeben, um das Risiko einer fatalen Blockierung des Gemeinsamen Agrarmarktes zu vermeiden. Höhere Interessen Europas und vor allem der französischen Landwirte hätten auf dem Spiel gestanden.

#### *Die Süderweiterung der EG*

Die Krise hatte unmittelbare Auswirkungen auf die französische Haltung hinsichtlich der Zukunft der Gemeinschaft. Valéry Giscard d'Estaing zögerte nicht, am 5. Juni vor den Vertretern der Landwirtschaftskammern einige seiner früher eingegangenen Verpflichtungen wieder in Frage zu stellen: „Es ist kaum denkbar, zu den Problemen und Ungewißheiten, die mit den Folgen der ersten Erweiterung in Zusammenhang stehen, auch noch die Probleme und Ungewißheiten neuer Beitritte auf sich zu nehmen“. Der französische Präsident, der zuvor Par-

teigänger einer Öffnung der Gemeinschaft für die Mittelmeerländer war, trat jetzt dafür ein, erst die von Großbritannien aufgeworfenen Probleme in Zusammenhang mit der ersten Erweiterung zu lösen, ehe man einer zweiten Erweiterung näher treten könne. Es stellt sich die Frage, ob diese spektakuläre Erklärung nicht der Auftakt der Wahlkampagne des Präsidenten zur Erneuerung seines Mandats war! Am 21. Juli ließen die Neun Spanien und Portugal wissen, daß die Mitglieder der Gemeinschaft erst ihre Landwirtschafts- und Fischereiprobleme lösen müßten, ehe sie in die aktive Phase von Erweiterungsverhandlungen eintreten könnten.

Premierminister Raymond Barre griff seinerseits ein altes Thema auf: *Europa à la carte*, Europa in unterschiedlicher Zusammensetzung. Im Verlauf eines Vortrags vor deutschen Mitgliedern der Industrie- und Handelskammer am 20. Juni 1980 in Trier stellte er folgende Frage: „Müssen eigentlich alle Mitglieder immer alles zu gleicher Zeit und in gleicher Weise tun?“ Er gab selbst die Antwort: „Kann man sich nicht verschiedene funktionale Gruppierungen vorstellen, wie wir es schon mit dem Europäischen Währungssystem getan haben?“ Raymond Barre kam zu den gleichen Schlußfolgerungen wie Valéry Giscard d'Estaing: „Es ist unerläßlich, Wege zu einer dauerhaften Lösung für die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Gemeinschaft zu finden, ehe sie auf die Länder erweitert wird, die darüber mit ihr in Verhandlungen stehen“.

#### *Ernüchterung über das Europäische Parlament*

1980 – das erste Jahr, nach dem das gewählte Europäische Parlament seine Tätigkeit aufgenommen hat, gibt genügend Anlaß, Bilanz zu ziehen. Dabei überwiegen Desillusionierung und Enttäuschung – trotz der Bereitschaft, den Kinderkrankheiten des neuen Parlaments mit einer gewissen Nachsicht zu begegnen. Französische Kommentatoren gestehen zu, daß es für die Abgeordneten nicht leicht war, die Erwartungen von über zweihundert Millionen Wählern zu erfüllen, die moralische Autorität des Parlaments bei Stellungnahmen zu internationalen Problemen zur Geltung zu bringen und schließlich die unmittelbare Verantwortung für die Gemeinschaft durch die Abstimmung des Haushalts tragen zu können. Die französische Presse hat häufig die Unschlüssigkeit der parlamentarischen Arbeit und die Zwietracht im Parlament kritisiert, ohne damit Bedeutung und Qualität der geleisteten Arbeit zu unterschätzen. Sie bedauerte sogar, daß die nationalen Interessen allzu oft über das europäische Interesse gestellt wurden. Das Parlament hat nicht den Eindruck verwischen können, daß es zwar lange und großzügige Erklärungen über die Verletzung von Menschenrechten in aller Welt abgab, hinsichtlich der konkreten Schwierigkeiten der Gemeinschaft jedoch höchst unverbindlich blieb.

#### *Die französischen Europaabgeordneten*

Die französischen Abgeordneten haben von sich und ihrer Tätigkeit keinen sehr guten Eindruck hinterlassen. Sie wirkten unkonzentriert, wenig dynamisch, un-

ablässig in die Geschäfte der französischen Innenpolitik verstrickt und unfähig, in wirklich europäischen Dimensionen zu denken. Sie waren gespalten: einerseits Gaullisten, Kommunisten und einige Sozialisten, die nur solche Probleme debattieren wollten, die einen direkten Bezug zur Gemeinschaft haben, andererseits Abgeordnete, die die Gesamtheit der Gemeinschaftsprobleme in Zusammenhang mit der internationalen Krise behandelt wissen wollten. Die Kommunisten blieben der europäischen Integration gegenüber zutiefst ablehnend. Den Sozialisten gelang es nicht, sich über ihre Flügelkämpfe hinwegzusetzen. Die Giscardianer splitterten sich in zwei Gruppen auf und hielten sich in ihrem europäischen Eifer zurück, damit man ihnen nicht vorwerfen sollte, nationale Interessen preiszugeben. Die Gaullisten verurteilten sich mit ihrem absurden Präsenzsystem selbst zu Untätigkeit und zeigten immer mehr Vorbehalte gegenüber Europa. Zwischen den französischen Europaabgeordneten und der Regierung in Paris gab es keine Kommunikation. Sie verhehlten denn auch nicht, wie isoliert und ohnmächtig sie sich fühlen.

#### *Der Sitzort des Parlaments*

In der Frage der Festlegung eines endgültigen Sitzortes für das Parlament ist man auch 1980 nicht weitergekommen. Nach den Worten des Präsidenten der französischen Republik ist ein Wegzug aus Straßburg „unannehmbar“. Der französische Staat, das Département Bas-Rhin und die Stadt Straßburg unterzeichneten im Februar 1980 einen Vertrag, mit dem sichergestellt werden soll, daß die elsässische Hauptstadt weiterhin ihren europäischen Rang behält. Die Stadt hat ein prächtiges Gebäude mit Büros für die Abgeordneten gebaut. Die Franzosen können gar nicht anders, als die Kandidatur Straßburgs fördern, obwohl alle Welt weiß, daß Brüssel die vernünftigere Lösung wäre.

#### *Der Haushaltskonflikt 1980*

Ein Großteil der Debatten im Jahre 1980 entfiel auf den Haushalt der Gemeinschaft, der schließlich am 9. Juli verabschiedet wurde. Die französischen Stimmen waren zersplittert und wurden mit un guten Gefühlen abgegeben. Die Kommunisten stimmten dagegen, die Sozialisten nahmen an der Abstimmung nicht teil, die anderen stimmten dafür. Im Dezember wurde ein neuer Konflikt wegen des Nachtragshaushalts für 1980 und des Hauhalts für 1981 heraufbeschworen. Die Abgeordneten stockten den Nachtragshaushalt auf, um Regionalfonds und Sozialfonds besser auszustatten. Der Ministerrat war geteilter Meinung und die Parlamentspräsidentin entschied den Streit kurzerhand mit der Erklärung, daß der Haushalt festgestellt sei. Die französische Regierung verurteilte mit aller Schärfe diese „Umkehrung des Verfahrens“, die das normale Zusammenspiel der Institutionen und die Prozedur der Haushaltsverabschiedung gefährde. Paris hielt die Aufstockungen zu einem Zeitpunkt, wo in allen Mitgliedstaaten die Zeichen auf Sparpolitik stehen, für unangebracht. Raymond Barre hielt mit harten Kommentaren über das Europäische Parlament und seine Abgeordneten nicht

zurück. Anfang 1981 veranlaßte Gaston Thorn, der neue Kommissionspräsident, dessen Kandidatur von Frankreich nicht unterstützt worden war, überraschend, daß der Gerichtshof sich mit dieser Frage befaßt.

#### *Die Kosten des Agrarmarktes*

Im Dezember 1980 übergab die Kommission ihren Bericht über die Beschränkung der Kosten der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Die in Frankreich für Politik und Landwirtschaft Verantwortlichen erkennen durchaus an, daß das derzeitige System wegen der Kosten, die es verursacht, und der Unausgewogenheiten, die es mit sich bringt, nicht unbegrenzt weitergeführt werden kann. Frankreich ist zu bestimmten Anpassungen der GAP unter der Bedingung bereit, daß die Grundprinzipien (gemeinschaftliches Präferenzsystem, gemeinsames Preissystem und finanzielle Solidarität) nicht in Frage gestellt werden.

Allen Schwierigkeiten und Enttäuschungen zum Trotz sind nach wie vor über zwei Drittel der Franzosen für die Gemeinschaft – genau 69%, wie aus einer am 11. Juni im Figaro veröffentlichten SOFRES – Umfrage hervorgeht; 58% der Franzosen erklären sich für ein engeres militärisches Bündnis, 55% sind für eine gemeinsame Außenpolitik. Die überzeugtesten „Europäer“ sind junge Franzosen und Franzosen über 65. Die zögerlichsten „Europäer“ finden sich unter Kommunisten und Gaullisten, die drängendsten unter Sozialisten und Giscardianern. Eine Aufteilung nach Berufsgruppen ergibt, daß die Angestellten sehr viel mehr für Europa eintreten als Landwirte und Arbeiter, die sich eher skeptisch zeigen.

#### *Mängel französischer Europapolitik*

Frankreich hat im Jahre 1980 seine Enttäuschung über das Funktionieren der Gemeinschaftsinstitutionen und die Art und Weise, wie die europäischen Fragen behandelt wurden, nicht verbergen können. Auch wird bedauert, daß die weitreichenden französischen Vorschläge für den Dialog mit der übrigen Welt (Nord-Süd-Dialog, Europäisch-Arabischer Dialog, trilaterale europäisch-afrikanisch-arabische Gespräche) so wenig Anklang gefunden haben, obschon hinsichtlich der Lage in Afghanistan und Polen eine gewisse Annäherung der Standpunkte zu verzeichnen war. Mancheiner<sup>2</sup> verweist auf den Widerspruch zwischen den ehrgeizigen Zielsetzungen der französischen Europapolitik einerseits und den bescheidenen Ergebnissen andererseits. Frankreich packt zu viel auf einmal an, läßt es in den Verhandlungen an Durchstehvermögen fehlen und verurteilt sich in Brüssel selbst zu Erfolglosigkeit. Die Allgegenwart von Valéry Giscard d'Estaing bei allen Verhandlungen und die Angst vor seinen Reaktionen reduzieren die Rolle der französischen Beamten, deren Qualität uneingeschränkt anerkannt ist, auf Null.

Anmerkungen

1 Zit. nach *Le Figaro*, 21./22. Juni 1980.

2 Vgl. *Le Monde*, 10. März 1981.

Weiterführende Literatur

Fuß, Ernst-Werner, Souveränitätsdenken als Fessel des Integrationsfortschritts – Die Judikatur des französischen Verfassungsrats zur europäischen Einigung, in: *Deutsches Verwaltungsblatt*, 1980, S. 98.

Guillen, Pierre, Frankreich und der europäische Wiederaufschwung. Vom Scheitern der EVG zur Ratifizierung der Verträge von Rom, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 28. Jg. 1980, S. 1–19.

Mutz, Reinhard, Frankreichs Sicherheit und die Einheit Europas, in: *Dokumente – Zeitschrift für internationale Zusammenarbeit*, 1/1980, S. 40–48.

Rozenblum, Serge-Allain, Die Franzosen und Europa, in: *Dokumente – Zeitschrift für internationale Zusammenarbeit*, 1/1980, S. 74–77.

Story, Jonathan, The Franco-German Alliance within the Community, in: *The World Today*, 6/1980, S. 209–217.